

Universitäten zeigen sich erleichtert über das „halb volle“ Budget-Glas

Rektoren werten das Plus von insgesamt knapp zwölf Prozent für die kommenden drei Jahre als Möglichkeit für „solide Konsolidierung“

Angesichts einer in den vergangenen Wochen drohenden Anpassung der Universitätsbudgets für die Leistungsvereinbarungsperiode 2022 bis 2024 lediglich an die Inflation zeigte sich die **Universitätenkonferenz (uniko)** nach der Budgetrede „erleichtert“. Demnach dürfen die Unis mit einem Gesamtbudget von 12,3 Mrd. Euro rechnen. Dieses Plus gegenüber 2019 bis 2021 von knapp zwölf Prozent falle zwar niedriger als erhofft aus, man sehe „das Glas aber halb voll“. Die uniko hatte in den vergangenen Monaten immer wieder einen Mehrbedarf von 2,1 Mrd. Euro für die kommende dreijährige Periode angemeldet. Dem gegenüber stand laut **uniko-Präsidentin** und Rektorin der Technischen Universität (TU) Wien, Sabine Seidler, die Furcht, nur die Inflation seitens der öffentlichen Hand auszugleichen zu bekommen.

„Sicher ist, dass uns dieses Budget eine solide Konsolidierung des Erreichten ermöglichen wird“, sagte Seidler. Immerhin sei einem star-

ken Wachstum der Studentenzahlen im Zeitraum von 2000 bis 2010 erst in der aktuellen Leistungsvereinbarungsperiode mit einer deutlichen Steigerung der Hochschulbudgets um 13 Prozent auf knapp elf Milliarden Euro Rechnung getragen worden, so **uniko-Vizepräsident** Oliver Vitouch, Rektor der Uni Klagenfurt. Die Steigerungen von rund vier Prozent pro Jahr erlauben laut Vitouch

die „Möglichkeit zur behutsamen Weiterentwicklung“. Von 2019 bis Ende kommenden Jahres werden die Unis rund 1000 zusätzliche Wissenschaftler, darunter 370 Professoren, neu rekrutiert und in ihrem Sold haben, erinnerte Seidler. Das bringe nicht nur „Schwung in die Forschungslandschaft“, sondern verbessere auch die Betreuungsrelationen an den Hochschulen.



Die Rektoren zeigen sich mit dem Budget zufrieden (v. l.): Ulrike Sych (Universität für Musik und darstellende Kunst Wien), Oliver Vitouch (Universität Klagenfurt), Sabine Seidler (uniko-Präsidentin und Rektorin der TU Wien), Heinz W. Engl (Universität Wien) und Hellmut Samonigg (MedUni Graz).

Foto: APA/Techt

Oberstufe soll neuen Namen und neue Regeln bekommen

Die Neue Oberstufe (NOST), einst „Modulare Oberstufe“ genannt, soll ab dem Schuljahr 2021/22 einen neuen Namen und neue Regeln bekommen: Laut einem Gesetzesentwurf des Bildungsministeriums sollen bei der nunmehr „Semestrierten Oberstufe“ Semesterprüfungen bei einem Fünfer nur noch ein- statt bisher zweimal wiederholt werden dürfen, die Zeiträume für die Prüfungen sind zentral vorgegeben und ein Mitschlepp-

pen von Fünfern bis zum Schulabschluss soll nicht mehr möglich sein.

Mit dem Gesetzesentwurf (Ende der Begutachtungsfrist: 3. November) geht die Reform der Oberstufe in die nächste Runde: Eigentlich hätte die neue Oberstufe bereits 2017 flächendeckend starten sollen, aber es wurde – auch auf Druck von Eltern-, Lehrer- und Schülervertretern – der Start immer wieder vertagt. Derzeit ist die flächendeckende Einführung

erst im Schuljahr 2023/2024 vorgesehen. Die neuen Spielregeln für die „Semestrierte Oberstufe“ sollen aber schon mit Herbst 2021 in Kraft treten. Jahrgänge und Klassen, die bereits mit der NOST arbeiten, können aber bis zur Matura im bekannten System verbleiben.

Der Gesetzesentwurf sieht außerdem vor, dass künftig auch an den Schulen eine „Leistungsfeststellung mittels elektronischer Kommunikation“ möglich ist.

Noch keine Einigung bei Coronahilfe für ÖGK

Auch die gestrige dritte Verhandlungsrunde über finanzielle Coronahilfen des Bundes für die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) hat keine Einigung gebracht. In sehr guten Gesprächen habe man sich aber bei den Zahlen angenähert, versicherten danach beide Seiten. Man hofft nun, schon in den nächsten Tagen zu einer Entscheidung zu kommen. Dem Vernehmen nach geht die ÖGK für heuer noch von einem Verlust von rund 220 Millionen Euro aus, das Finanzministerium hingegen nur von 86 Millionen Euro. Die ÖGK hat ihre Prognose von August allerdings schon nach unten korrigiert. Damals war man dort noch von einem Minus von 447 Mio. Euro ausgegangen.

FPÖ-Chef Hofer übergibt Vorsitz des Burgenlandes

FPÖ-Parteichef Norbert Hofer übergibt der Vorsitz der FPÖ Burgenland an seinen bisherigen Stellvertreter Alexander Petschnig. Er habe der Landespartei die Starthilfe gegeben und nun die Entscheidung getroffen, sich voll auf die bundespolitischen Aufgaben zu konzentrieren, so Hofer. Der ehemalige Wirtschaftslandesrat und Landtagsabgeordnete Petschnig werde die weiteren Weichenstellungen für die Landesgruppe vornehmen.

Unverständnis über Misstrauensantrag

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) hat einen Misstrauensantrag der Opposition gestern im Nationalrat problemlos überstanden. ÖVP und Grüne schmetterten das entsprechende Begehren von SPÖ, Freiheitlichen und Neos ab. Friedrich Ofenauer (ÖVP) konnte die Kritik in keiner Weise nachvollziehen, modernisiere die Ministerin doch gerade die Struktur des Heeres. Der Opposition attestierte er ein groteskes Schauspiel und ortete Theaterdonner. Auch der Koalitionspartner sah keinen Grund, Tanner aus dem Amt zu schieben. Grünen-Mandatar David Stögmüller sieht nämlich eine Heeres-Reform schon in der Pipeline. Zudem blieben die traditionelle Landesverteidigung und der Beitrag zur inneren Sicherheit bestehen. Tanner sei da eine wichtige Mitstreiterin.